



Meldung :

CEDAW-Alternativbericht

Licht in dunkle Ecken

Der Gleichstellungspolitik der Bundesregierung fehlt es an Konsistenz und Zielorientierung. Unter diese zentrale Aussage stellte die CEDAW-Allianz die Übergabe ihres Alternativberichts an die Bundesregierung, die am 14. Dezember in Berlin stattfand.

Vertreterinnen der 38 Nichtregierungsorganisationen, die sich vor einem Jahr in der CEDAW-Allianz zusammengeschlossen haben, trafen sich aus diesem Anlass mit Vertreter*innen der Bundesregierung – überwiegend aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) –, um ihren gemeinsamen Bericht vorzustellen. Dieser nimmt Bezug auf den kombinierten siebten und achten Bericht der Bundesregierung Deutschland zum „Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ (CEDAW), den die Bundesregierung bereits früher im Jahr dem UN-CEDAW-Ausschuss überstellt hatte.

Begrenzte Reichweite - kein umfassender Schutz

Im über 40-seitigen Alternativbericht der CEDAW-Allianz, einem breitem Bündnis der frauen- und gleichstellungspolitischen sowie menschenrechtlich engagierten Zivilgesellschaft, heißt es einleitend: „Die gesetzlichen Grundlagen, einschließlich der Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) sind in ihrer Reichweite begrenzt und bieten keinen umfassenden Schutz vor Diskriminierung.“ Der Bericht macht seine Kritik an den Themenfeldern Bildung und Rollenstereotype, Erwerbsleben, Teilhabe und Gender Budgeting, Gewalt gegen Frauen, Gesundheit und Internationales fest. Er folgt damit den zahlreichen Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses aus dem Jahr 2009 und formuliert eine Reihe von Forderungen mit Blick auf die Gesetzgebung auf Bundes-, aber auch auf Landesebene, um die Antidiskriminierungspolitik zu beschleunigen und zu vertiefen.

Viele Baustellen in der Gleichstellungspolitik

„Der Alternativbericht wirft Licht in einige dunkle Ecken“, sagte Elke Ferner (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ, die stellvertretend für die Bundesregierung den Bericht entgegennahm. Ferner machte „viele Baustellen“ in der Gleichstellungspolitik und die „größte Lücke“ in der Erwerbsbeteiligung von Frauen aus. Jede und jeder müsse zu einer eigenständigen Existenzsicherung in der Lage sein, doch Steuer- und Sozialsysteme arbeiteten dagegen, so die Parlamentarische Staatssekretärin.

Entschlossenes Handeln gegen frauen- und genderfeindliche Agenden und politischen Rückschritt

„Die Ergebnisse des Alternativberichts zeigen: Gleichstellung zu erreichen und Diskriminierung zu beseitigen, erfordert entschlossenes politisches Handeln und Akteur*innen, die die notwendigen Prozesse befördern und kritisch begleiten. Und das nicht nur in Deutschland, sondern überall dort, wo der Rechtspopulismus mit seiner rassistischen, frauen- und genderfeindlichen Agenda auf dem Vormarsch ist. Die CEDAW-Allianz hat die dafür erforderlichen Maßnahmen aufgezeigt“, sagte Susanne Kahl-Passoth, stellvertretende

Vorsitzende des Deutschen Frauenrats (DF), auf dessen Initiative sich die CEDAW-Allianz im November 2015 zusammengeschlossen hatte.

Vielfältiges und gleichberechtigtes Bündnis

„Der Alternativbericht ist auch ein Zeugnis dafür, dass Vielfalt politische Früchte trägt“, ergänzte Birte Rodenberg, die im Auftrag des DF die Koordination des Prozesses und die Redaktion des Berichts inne hatte. Im Bündnis für mehr Geschlechtergerechtigkeit arbeiteten hierarchisch organisierte Vertretungen mit kleinen, autonom und selbstorganisierten Initiativen gleichberechtigt und auf einer Ebene zusammen. So war es zum Beispiel möglich, dass besonders verletzte Gruppen, insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund, Trans*- und Interpersonen und Frauen/Lesben mit Behinderungen die Diskussionsplattform für ihre Anliegen nutzen konnten.

CEDAW – wichtigstes völkerrechtliches Menschenrechtsinstrument für Frauen

Die Übergabe des Alternativberichts an die Bundesregierung erfolgte während einer Veranstaltung in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer*innen Umsetzungsstrategien, unter anderem, wie CEDAW in Deutschland besser bekannt und politisch implementiert werden kann: etwa durch einen Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung, aber auch durch Aufnahme in Wahlprüfsteine und eine öffentlich geförderte Kampagne von Seiten der zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen.

Auftritt vor dem CEDAW-Ausschuss

Der Alternativbericht liegt seit Anfang Dezember dem UN-CEDAW-Ausschuss vor, der die Einhaltung des Übereinkommens überwacht. Vor diesem Ausschuss werden Vertreter*innen der CEDAW-Allianz und andere Frauenorganisationen sowie die Bundesregierung im Februar 2017 in Genf zu einzelnen Punkten mündlich Stellung beziehen. Das aktuelle Monitoring der Umsetzungspolitik in Deutschland endet dann voraussichtlich im Juni mit den „Abschließenden Bemerkungen“ des UN-CEDAW-Ausschusses an die Bundesrepublik, die diese wiederum im kommenden Überprüfungsprozess zur Grundlage ihres Staatenberichtes machen werden.

Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) ist seit 1981 in Kraft und ist das wichtigste völkerrechtliche Menschenrechtsinstrument für Frauen.

Weitere Informationen:

Der Alternativbericht in verschiedenen Fassungen auf Deutsch und Englisch sowie mehr über CEDAW und die Allianz:

www.cedaw-allianz.de